



Inselgemeinde
Langeoog

Niederschrift

über die
Öffentliche Sitzung des Gemeinderates
der Inselgemeinde Langeoog
am Mittwoch, 19. August 2026
im Rathaus Sitzungszimmer

Rat/2026/005

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend waren:

Stimmberechtigt: Gemeinderatsmitglied

Agena, Gerrit

Mühlinghaus, Ines

Schmidt, Rüdiger

Garrels, Uwe

Janssen, Jan Martin

Kraus, Bärbel

Peters, Daniela

Peters, Tili Martin

Recktenwald, Michael

Spies, Gerda

Stimmberechtigt: Bürgermeister

Brüling, Onno

Allgemeiner Vertreter

Heimes, Ralf

Kämmerin

Baller, Cornelia

Protokollführerin

Heimes, Katja

Interims-Tourismusmanager

GLC Döbber-Rüther, Thomas

Nicht stimmberechtigt: Bedienstetenvertreterin

Haußmann, Nicole

Schmidt, Vanessa

Fehlend:

Bedienstetenvertreter

Bents, Sascha

Entschuldigt fehlend

TOP 01 Eröffnung der Sitzung**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 02 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**Sachvortrag:**

Ratsvorsitzender Agena stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

An der Sitzung nehmen zu Punkt 8 „Struktur der Eigenbetriebe der Inselgemeinde Langeoog“ die Bedienstetenvertreter teil. Damit soll eine Beteiligung an der Entscheidung sichergestellt werden, da ein Betriebsausschusstermin nicht mehr möglich war.

Die Bedienstetenvertreter sind nicht stimmberechtigt.

TOP 03 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**Sachvortrag:**

Zur Tagesordnung werden keine Anträge gestellt.

TOP 04 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 01.07.2026**Sachvortrag:**

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 01.07.2026 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 01.07.2026 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1
Anwesende Mitglieder:	11

TOP 05 Genehmigung der Niederschrift des Schul- Jugend- und Sozialausschusses am 27.05.2026**Sachvortrag:**

Gemäß § 23 (Absatz 2) der Geschäftsordnung wird die Genehmigung der Niederschrift eines Ausschusses, der nicht in der folgenden Sitzungsperiode wieder tagt, in der dann folgenden Ratssitzung zur Beschlussfassung vorgelegt. Über die Genehmigung des Protokolls stimmen nur die jeweiligen Ausschussmitglieder ab.

Die Niederschrift über die Sitzung des Schul- Jugend- und Sozialausschusses am 27.05.2026 wurde allen Rats- und Ausschussmitgliedern zugeleitet.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Schul- Jugend- und Sozialausschusses am 27.05.2026 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1
Anwesende Mitglieder:	7

TOP 06 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**Sachvortrag:**

Bürgermeister Brüling teilt mit, dass aus dem Verwaltungsausschuss zwei Tagesordnungspunkte in die Sitzung übernommen worden seien. Dabei handele es sich um die Struktur der Eigenbetriebe sowie um die Erhöhung des Eigenkapitals. Er berichtet ferner aus dem Verwaltungsausschuss, dass der Weg für eine Neubesetzung der Leitung der Schifffahrt zum 01.01.2027 geebnet sei. Er führt aus, dass die Mitteilung darüber, um welche Personen es sich handele, zu gegebener Zeit erfolgen werde.

TOP 07 Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**Sachvortrag:****Andreas Moselage**

Herr Moselage fragt zum Antrag der LPR, ob die angesprochene Kostenübersicht nicht zunächst im Betriebsausschuss behandelt werden sollte, bevor der Rat beschließt.

Er meint, bei einer Vorberatung im Betriebsausschuss könne auch Einsicht in wirtschaftliche Unterlagen genommen werden, wodurch ein Verwaltungsauftrag entfallen könnte, sofern die nötigen Informationen aus den Bilanzen ersichtlich seien. Er fragt, ob dies berücksichtigt worden sei.

Bürgermeister Brüling erklärt, heute werde nicht über den Antrag in der Sache entschieden, sondern darüber, an welchen Ausschuss der Antrag zur weiteren Behandlung verwiesen werde. Die inhaltliche Behandlung erfolge erst im zu bestimmenden Ausschuss.

Stv. Bürgermeister Schmidt meint, es erscheine folgerichtig, den Vorgang dem Betriebsausschuss zuzuweisen.

Herr Moselage ergänzt, für ihn sei maßgeblich, dass bereits Zahlen und ein Wirtschaftsplan vorlägen, die im Betriebsausschuss bekanntgegeben und anschließend vom Rat beschlossen würden. Vor diesem Hintergrund fragt er, ob diese vorhandenen Zahlen genutzt werden könnten, anstatt zunächst einen Verwaltungsauftrag zu erteilen und wiederholt Prüfungen zu veranlassen.

Allgemeiner Vertreter Heimes ordnet den Verfahrensgang unter Hinweis auf die Geschäftsordnung ein. Er erklärt, es handle sich um einen Antrag eines Ratsmitglieds, der zunächst dem Rat vorzulegen sei. Der Rat entscheide, ob er sich mit dem Antrag befassen wolle und welchem Ausschuss er zur weiteren Beratung überwiesen werde; in Betracht kämen etwa der Finanz- oder der Betriebsausschuss. Erst nach dieser Verweisung erfolgten die inhaltliche Erarbeitung sowie gegebenenfalls Aufträge an die Verwaltung zur Vorbereitung weiterer Unterlagen; vorher fänden entsprechende Prüfungen nicht statt. In der späteren Ausschussberatung könnten selbstverständlich vorhandene Zahlen berücksichtigt werden, wobei diese nicht in allen Fällen ausreichten, weil weitere Kalkulationen oder Berechnungen nötig sein könnten.

Herr Moselage erklärt abschließend, der Verfahrensablauf sei aus der Vorlage sowie der Sitzungsformalität für ihn nicht ersichtlich gewesen, weshalb er nachgefragt habe.

TOP 08	Struktur der Eigenbetriebe der Inselgemeinde Langeoog
---------------	--

Sachvortrag:

Vorsitzender Agena verliest den Sachvortrag.

Ratsherr Janssen erklärt seine Zustimmung und betont, der Tourismus-Service befinde sich in Finanzen und Struktur bereits auf einem sehr guten Weg, was auch einzelnen Personen zu verdanken sei. Beide Betriebe seien gut aufgestellt; die Zusammenlegung sei dennoch sinnvoll und nach langen Beratungen ein richtiger Schritt in eine sichere Zukunft des einheitlichen Eigenbetriebs.

Ratsfrau Kraus weist darauf hin, dass im Rat wiederholt auch eine GmbH-Lösung thematisiert worden sei. Obwohl die Vorlage allein die Struktur der Eigenbetriebe behandle, stelle sie vorsorglich einen Änderungsantrag, mit dem eine kurzfristige Umwandlung in eine GmbH ausgeschlossen werden solle. Ihr Antrag lautet, die Zusammenlegung unter Führung einer operativen Geschäftsleitung und deren Fortführung in der bestehenden Rechtsform für fünf Jahre bis September 2031 zu beschließen. Zur Sicherung des Fusionsprozesses solle in die Betriebssatzung eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach die Rechtsform für eine fünfjährige Konsolidierungsphase fortgeführt werde. Die Verwaltung solle mit der Vorbereitung, insbesondere der rechtlichen und steuerlichen Abstimmung, beauftragt werden. Ratsfrau Kraus begründet den Antrag damit, Klarheit gegenüber der neuen operativen Geschäftsleitung schaffen zu wollen, um ein „Management-Chaos“ zu vermeiden. Die künftige Geschäftsleitung müsse sich in komplexe Systeme einarbeiten und tragfähige Strukturen schaffen; dies habe Priorität.

Sie warnt vor Kontrollverlust des Gemeinderates durch eine mögliche Schwächung des Betriebsausschusses und fordert, eine spätere Überführung in eine GmbH dürfe erst erfolgen, wenn das Primat der Politik und die Kontrollfunktion des Rates lückenlos gewährleistet seien. Die zeitliche Verzögerung solle verhindern, dass die Zusammenlegung zur Vorstufe eines unsicheren „GmbH-Experiments“ werde.

Allgemeiner Vertreter Heimes hält den Änderungsantrag für schwierig. In der Legislaturperiode sei nicht über die Gründung einer Eigengesellschaft gesprochen worden; der Beschlussvorschlag benenne klar die Zusammenführung in einen Eigenbetrieb. Er weist darauf hin, dass ein über mehrere Jahre wirkender Beschluss von einem späteren Rat jederzeit geändert werden könne. Zudem erwecke der Antrag den Eindruck, im Hintergrund werde eine Umwandlung in eine GmbH verfolgt, obwohl dies nicht Thema gewesen sei. Die einheitliche Auffassung sei gewesen, die beiden Eigenbetriebe zusammenzuführen in einen Eigenbetrieb, weil Aufwand und rechtliche Risiken einer Gesellschaftslösung zu groß seien.

Ratsherr Garrels schließt sich an und bezeichnet den Antrag als nicht sinnvoll. Die Verunsicherung entstehe erst durch diesen Antrag. In der Vorlage zur Zusammenlegung finde sich kein Hinweis auf ein Abrutschen in Richtung GmbH; ein ausdrücklicher Ausschluss sei daher nicht erforderlich. Die Zusammenlegung sei gemeinschaftlich und unter Einbeziehung der Bedienstetenvertreter vereinbart worden. Die operative Geschäftsleitung solle für beide Betriebe zusammengeführt werden, da dadurch mit weniger Personal Handlungsfähigkeit erreicht werde; Schifffahrt und Tourismus-Service sicherten beide die Funktionsfähigkeit des Tourismus als Lebensgrundlage Langeoogs.

Ratsfrau Kraus entgegnet, dass trotz fehlender Beratungen zu einer GmbH in diesem Zusammenhang im Rat wiederholt gesagt worden sei, man sei mit einer GmbH besser aufgestellt. Mit ihrem Antrag wolle sie ein Stoppsignal setzen. Zwar könne ein neuer Rat die Regelung später ändern, doch durch Aufnahme in die Betriebssatzung werde zunächst ein klarer Rahmen geschaffen. Sie lehne die GmbH nicht grundsätzlich ab, wolle jedoch ohne neue operative Geschäftsleitung und ohne Klarheit Ruhe in den Prozess bringen.

Bürgermeister Brüling erklärt, der Fokus müsse auf der Zusammenlegung in einen Eigenbetrieb liegen; neben der Fusion solle nicht zugleich ein Wechsel der Geschäftsform erfolgen, weil dies Ressourcen binde und steuerliche Fragen aufwerfe. Im ersten Schritt sei ausschließlich die Zusammenlegung entsprechend der Vorlage sinnvoll. Zunächst gehe es darum, Struktur aufzubauen, schlagkräftiger zu werden, Synergien zu heben und die Betriebe auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Der Vorschlag sei Ergebnis eines fundierten Prozesses mit Beteiligung von Rat, Bedienstetenvertretern und Personalräten. Nun müsse Vertrauen in dieses Ergebnis gesetzt werden.

Bedienstetenvertreterin Haußmann vermutet, die Unsicherheit resultiere teilweise aus Wahlkampfäußerungen der CDU, in denen eine kommunale GmbH für die Schifffahrt gefordert worden sei. Sie stehe hinter den im Rat besprochenen Inhalten, sieht darin aber eine mögliche Ursache der jetzt aufgeworfenen Frage.

Stv. Bürgermeister Schmidt betont, das Thema werde seit Jahrzehnten diskutiert und man sei nun mit Mitarbeitenden und Bedienstetenvertretern an einem Punkt, die Zusammenlegung voranzutreiben. Wahlkampfäußerungen seien für die Sachentscheidung nicht maßgeblich.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus kann die Verunsicherung nachvollziehen und verweist ebenfalls auf Wahlwerbung der CDU; den Antrag zur Zusammenlegung halte sie jedoch für richtig.

Ratsvorsitzender Agena schließt die Aussprache mit Unterstützung des Beschlussvorschlags in der Vorlage und hebt die konstruktive Zusammenarbeit mit den Bedienstetenvertretern hervor.

Ratsvorsitzender Agena stellt den von Ratsfrau Kraus eingebrachten Änderungsantrag zur Abstimmung. Dieser findet mit 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen keine Mehrheit.

Ratsfrau Kraus erklärt, sie werde aus Verantwortungsgefühl der Zusammenlegung nicht zustimmen, da ihr Zusatz keine Berücksichtigung gefunden habe.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

die Zusammenlegung der Eigenbetriebe Tourismus-Service und Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog zu einem Eigenbetrieb unter Führung einer operativen Geschäftsleitung. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung der Zusammenlegung, insbesondere der rechtlichen und steuerlichen Abstimmung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	11

TOP 09	Erhöhung Eigenkapital Tourismus-Service Langeoog durch Inselgemeinde Langeoog 2026
---------------	--

Sachvortrag:

Ratsvorsitzender Agena verliest den Sachvortrag.

Ratsherr Recktenwald erklärt, der Tourismus-Service Langeoog befinde sich auf einem guten Weg. Um wieder ein höheres Niveau zu erreichen, seien Investitionen erforderlich, da ohne Investitionen ein Rückstand drohe. Aus diesem Grund stimme er der vorgeschlagenen Eigenkapitalerhöhung zu.

Ratsherr Janssen führt aus, eine Erhöhung des Eigenkapitals sei grundsätzlich ein gutes Zeichen. Er verweist auf die niedersächsische Eigenbetriebsverordnung und trägt vor, dort sei geregelt, dass ein Eigenbetrieb mit einem seinem Gegenstand und Betriebsumfang angemessenen Stammkapital auszustatten sei und dass Eigenkapital und Fremdkapital in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen sollten. Die Möglichkeit, das Eigenkapital zur Finanzierung von Investitionen erhöhen zu können, zeige aus seiner Sicht die positive Entwicklung.

Ratsfrau Kraus weist darauf hin, dass die Maßnahme bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen und im Haushaltsplan veranschlagt worden sei. Bei der jetzigen Beschlussfassung handele es sich daher um die folgerichtige Umsetzung einer bereits ausführlich beratenen Entscheidung.

Kämmerin Baller erklärt, die Eigenkapitalausstattung sei schon bislang angemessen gewesen. Zugleich hebt sie hervor, es sei positiv zu bewerten, dass die Inselgemeinde Langeoog derzeit finanziell in der Lage sei, eine solche Eigenkapitalerhöhung vorzunehmen, was über Jahre hinweg nicht möglich gewesen sei. Sie merkt ferner an, dass dies auch von der aktuellen Einnahmesituation der Inselgemeinde abhängen und sich bei der künftigen Haushaltsaufstellung zeigen werde, ob entsprechende Maßnahmen auch weiterhin möglich seien.

Ratsfrau Peters knüpft an die vorherigen Wortbeiträge an und führt aus, dass ein vergleichbarer Beschluss nahezu genau ein Jahr zuvor bereits gefasst worden sei. Sie bewertet es als erfreulich, dass eine entsprechende Entscheidung nun erneut getroffen werden könne und damit die weitere positive Entwicklung unterstützt werde.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt

die Erhöhung des Eigenkapitals des Tourismus-Service Langeoog durch die Inselgemeinde Langeoog. Die Auszahlung in Höhe von 200.000 Euro hat im 4. Quartal 2026 zu erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	11

TOP 10	Antrag Ratsherr Recktenwald für die Gruppe L.P.R. auf jährliche Überprüfung aller Tarife und Mieten
---------------	---

Sachvortrag:

Ratsvorsitzender Agena verliest den Sachvortrag.

Michael Recktenwald nimmt als Antragsteller Stellung und verweist auf die vorletzte Sitzung des Betriebsausschusses, in der unter anderem über die Erhöhung von Frachttarifen beraten worden sei. Die dortige Ausarbeitung habe deutlich gezeigt, welche Auswirkungen es habe, wenn Preise über Jahre nicht erhöht würden. Er betont, er wolle keine rückwirkenden Vorwürfe gegenüber früheren Ratsmitgliedern oder der Verwaltung erheben, fordert aber, jede Position, die Einnahmen erzielt oder Kosten verursacht, regelmäßig zu überprüfen, wie in einem gewöhnlichen Betrieb üblich. In seinem eigenen Betrieb führe er eine solche Überprüfung jährlich durch und gehe davon aus, dass andere Unternehmer ähnlich verfahren. Weiter führt Recktenwald aus, eine solche regelmäßige und transparente Überprüfung erfolge in der Kommune bislang nicht in dem von ihm für erforderlich gehaltenen Umfang. Die jüngste Darstellung im Betriebsausschuss habe nachvollziehbar gemacht, welche finanziellen Folgen politische Entscheidungen, etwa ein längerer Verzicht auf Fahrpreiserhöhungen, nach sich ziehen könnten. Der Rat habe nun eine Erhöhung der Frachttarife um 15 % beschließen müssen, ohne dass das aufgelaufene Defizit vollständig ausgeglichen sei. Daher müsse das Gremium Versäumnisse aus der Vergangenheit korrigieren. Hinsichtlich der Mieten räumt er die rechtlichen Grenzen ein; ihm gehe es darum, dass die entsprechenden Positionen einmal jährlich gebündelt und detailliert vorgelegt würden, damit Rat und Öffentlichkeit mit vertretbarem Aufwand nachvollziehen könnten, ob Handlungsbedarf bestehe. Die erforderlichen Zahlen seien zwar vorhanden, würden sich seiner Ansicht nach jedoch nicht ohne Weiteres in der Übersichtlichkeit aus den umfangreichen Sitzungsunterlagen erschließen.

Ratsfrau Peters beantragt, den Antrag an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss weiterzuleiten.

Auf Nachfrage nach weiteren Vorschlägen werden keine eingebracht; es wird über die Überweisung an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

den Antrag Ratsherr Recktenwald für die Gruppe L.P.R. auf jährliche Überprüfung aller Tarif und Mieten an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Anwesende Mitglieder:	11

TOP 11	Anträge und Anfragen
---------------	----------------------

Sachvortrag:

1. Ratsherr Garrels bringt einen Antrag zur Einführung einer pflegeleichteren, ökologischeren und klimaangepassten Grünpflege für die öffentlichen Grünflächen auf Langeoog ein. Er verliert seinen Antrag.

Ratsfrau Kraus erklärt, der Antrag von Ratsherrn Garrels korrespondiere mit einem von ihr bereits im Natur-, Umwelt- und Landschaftsausschuss eingebrachten Antrag. Es habe bereits teilweise Zustimmung im Rat gegeben. Sie begrüßt, dass der Antrag von Ratsherrn Garrels ihre Initiative ergänze, bedauert jedoch, dass der nächste Ausschuss wegen seltener Sitzungen voraussichtlich erst später tagt, und hätte eine Entscheidung noch in der laufenden Ratsperiode bevorzugt.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist darauf, dass in der laufenden Legislaturperiode noch ein Bauausschuss erforderlich sei, so dass das Thema auch dort behandelt werden könne.

2. Ratsfrau Kraus bringt einen Antrag zur Verabschiedung einer Resolution „Faire Finanzierung für Niedersachsens Urlaubsinsel Langeoog – Einführung eines Gästeäquivalenzfaktors im kommunalen Finanzausgleich“ ein. Sie erklärt, der Antrag sei der Verwaltung bekannt und mit Frau Baller vorbesprochen worden. Ihr sei wichtig, den Antrag noch in der laufenden Legislaturperiode zu stellen. Ratsfrau Kraus verliert ihren Antrag.
3. Ratsherr Janssen bringt eine Anregung vor. Angesichts der jüngsten Wasserknappheit könne er zunehmend nicht nachvollziehen, dass Stromleitungen durch eine intakte Süßwasserlinse geführt werden sollen. Zwar stelle er die Energiewende nicht in Frage, halte es jedoch für bedenklich, Leitungen durch die zentrale Trinkwasserressource zu führen, zumal es alternative Korridore gebe. Vertreter von TenneT, Amprion und „Tarchon“ hätten mit dem Rat gesprochen, seien jedoch wenig einsichtig gewesen. Er bittet, dass sich der Gemeinderat gegebenenfalls nochmals mit dem Thema befasse, da eine Verlagerung des Korridors technisch ohne größeren Aufwand möglich sei. Ein Bauleiter habe ihm gesagt, eine Verlegung um etwa einen Kilometer nach Osten sei technisch problemlos möglich.

4. Ratsfrau Peters fragt nach dem Sachstand zu dem angekündigten Gutachten, das im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Gewerbesteuerausschüttung stehe.

Bürgermeister Brüling erklärt, die Frage der Verteilung der Offshore-Gewerbesteuer und die Trassenführung durch die Süßwasserlinse seien für ihn getrennte Themen. Als Bürgermeister habe er entschieden, diese Punkte nicht zu verknüpfen, da die Gemeinde eine Beteiligung an den Offshore-Gewerbesteuern auch bei einem alternativen Korridor fordern würde. Er berichtet, die Verteilung der Offshore-Gewerbesteuer sei zunächst „einkassiert“ worden, nunmehr solle Wilhelmshaven die Gewerbesteuerbescheide versenden. Dies sei bemerkenswert, weil grundsätzlich auch andere Kommunen dazu in der Lage wären, wenn auch mit zusätzlichem Personal. Die Entscheidung zugunsten Wilhelmshavens stehe im Zusammenhang damit, dass dort wegen eines hohen Faktors im kommunalen Finanzausgleich weniger Mittel abgeschöpft würden, was theoretisch anderen Gemeinden zugutekommen könne, nicht jedoch Langeoog. Mehrere Gemeinden hätten geltend gemacht, dass diejenigen profitieren müssten, die von den Offshore-Vorhaben besonders betroffen seien. Die Gemeinde sei aufgefordert worden, genau zu berechnen, inwieweit ihr finanzielle Nachteile entstünden, was schwierig sei, da Auswirkungen wie auf den Tourismus oder zusätzlichen Verwaltungsaufwand nicht verlässlich bezifferbar seien. Nun solle ein Gutachten erstellt werden, das als Grundlage für eine Umverteilung der Offshore-Steuer Gelder dienen könne; ursprünglich habe das Verfahren bereits abgeschlossen sein sollen, nun müsse der Zeitraum für die Gutachtenerstellung abgewartet werden, um eine belastbare Berechnungsgrundlage zu erhalten.

5. Ratsfrau Kraus schließt sich Ratsherrn Janssens Wortmeldung an und verweist auf den Aufruf „Rettet unser Trinkwasser“. Trinkwasser sei Teil der Daseinsvorsorge und überragendes öffentliches Interesse. Der Aufruf beziehe sich auf die zweite Fortschreibung des Landesraumordnungsprogramms, dessen erste Einwände aus ihrer Sicht vom Land unzureichend berücksichtigt worden seien. Sie bewertet die für Langeoog vorgesehenen Trassenkorridore als grenzwertig und weist darauf hin, dass bis zum 24.08. noch Stellungnahmen und Einwände möglich seien. Sie appelliert an Zuschauerinnen und Zuschauer des Streams, sich zum Schutz Langeoogs und des Trinkwassers zu beteiligen, da die Maßnahmen die Süßwasserlinsen nachhaltig schädigen könnten; da künftig womöglich kein Wasser vom Festland zu erwarten sei, entstehe eine erhebliche Problemlage.

Ratsherr Garrels äußert die Erwartung, die Maßnahme werde aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses wohl auch gegen den Willen der Insel durchgeführt, was ärgerlich sei. Er weist auf den besonders sehenswerten Strandbereich an der Meierei vor dem Bauwerk hin und hofft, dass der Tourismus dort nicht beeinträchtigt werde.

TOP 12	Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten
---------------	---

Sachvortrag:

1. Bürgermeister Brüling berichtet zunächst über die Möglichkeit, sich am 13.09. als Wahlhelferin oder Wahlhelfer zu engagieren, und ruft dazu auf, dass sich Interessierte beim Ordnungsamt melden mögen. Er weist darauf hin, dass der Einsatz erstmals im barrierefreien Ratssaal mit neuem Eingang und neuem Tisch erfolgen könne.
2. Bürgermeister Brüling informiert über eine Crowdfunding-Aktion für Sportspielgeräte auf Langeoog: Hinweise und QR-Codes seien bereits verteilt, die Aktion werde über Social Media und voraussichtlich kurzfristig in der Presse bekannt gemacht.

Das Vorhaben werde von der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung unterstützt. Zu jeder Spende ab 10 Euro würden 20 Euro hinzukommen, und Spendenquittungen könnten ausgestellt werden. Er wirbt ausdrücklich um Unterstützung, da die Aktion das Ziel schneller erreichen könne.

Interimstourismusmanager Döbber-Rüther ergänzt zur Spendenaktion, dass diese insbesondere für diejenigen geeignet sei, die erwogen hätten, Bänke zu finanzieren; stattdessen sei eine Beteiligung an der aktuellen Aktion sinnvoll, da auf der Insel inzwischen genügend Bänke vorhanden seien.

3. Bürgermeister Brüling nimmt Bezug auf den zuvor gefassten Beschluss zur Zusammenlegung der Eigenbetriebe. Infolge dieses Beschlusses solle kurzfristig die Ausschreibung für die gesuchte operative Geschäftsleitung erfolgen.
4. Bürgermeister Brüling berichtet über ein Treffen mehrerer Inselbürgermeister auf Wangerooge zu einem Gespräch mit dem ARL. Die in der Presse geäußerte Darstellung, das Gespräch sei nur eingeschränkt erfolgreich gewesen oder aktuelle Probleme auf Wangerooge stünden übergeordneten Zukunftsthemen voran, entspreche nicht dem Gesamteindruck. Nach seiner Einschätzung habe es sich um ein sehr gutes Gespräch gehandelt. Er bedauert, dass nicht alle Beteiligten anwesend gewesen seien, führt dies aber auf die Terminwahl und Kurzfristigkeit zurück. Man habe die Anliegen der Inseln wahrgenommen. Es sei erforderlich, insgesamt eine abgestimmte gemeinsame Position zu entwickeln und zentrale Problemlagen offen zu benennen, da darauf aufbauend kurzfristig und langfristig weitere Schritte möglich würden. Er verweist darauf, dass die Europäische Union der besonderen Bedeutung der Inseln derzeit Aufmerksamkeit schenke und inseltypische Problemlagen sehe, weshalb dies ein günstiger Zeitpunkt sei, die eigenen Anliegen weiter zu platzieren.

TOP 13	Einwohnerfragestunde
---------------	-----------------------------

Sachvortrag:

Herr Herbst

Herr Herbst stellt sich vor, erläutert, er sei Steuerzahler, wenn auch weder Bürger noch Einwohner, und kündigt tourismusbezogene Fragen an. Mit Zustimmung des Vorsitzes trägt er mehrere Fragen vor. Er verweist zunächst auf den langjährigen Stillstand beziehungsweise Leerstand auf der Höhenpromenade auf Langeoog und ergänzt, dass sich bei einem zweiten Objekt voraussichtlich eine vergleichbare Entwicklung abzeichne. Er fragt, ob die Gemeinde planungsrechtliche Möglichkeiten sehe, hier Einfluss zu nehmen. Zudem erkundigt er sich, ob die Gemeinde bei aus seiner Sicht optischen Missständen beziehungsweise „Schandflecken“ im Ortsbild, Möglichkeiten zur optischen Verbesserung habe. Weiter fragt Herr Herbst nach den Folgen der Entscheidung des OVG Oldenburg zur Zweitwohnungssteuersatzung. Er möchte wissen, ob die Gemeinde Steuerpflichtigen, die aufgrund der nach seiner Darstellung rechtswidrigen Satzung Zweitwohnungssteuer gezahlt hätten, diese Beträge erstatten werde. Abschließend erkundigt er sich, ob im Verfahren entstehende Anwalts- und Gerichtskosten im Unterliegensfall von der Gemeinde zu tragen seien oder ob kommunalrechtliche Absicherungen beziehungsweise eine Kostenübernahme durch andere Institutionen bestünden, die nach seiner Einschätzung an der Ausgestaltung der Satzung mitgewirkt hätten.

Allgemeiner Vertreter Heimes übernimmt die planungsrechtlichen Fragen und erläutert, planungsrechtliche Eingriffsmöglichkeiten bestünden nicht, da es sich um privatrechtliche Sachverhalte und Privateigentum handele. Wenn Eigentümer keine Veränderungen vornähmen, habe die Gemeinde darauf keinen unmittelbaren Einfluss, auch wenn die Lage unglücklich sei. Eine planungsrechtliche Einflussnahme komme allenfalls in Betracht, wenn konkrete Nutzungsideen oder Vorhaben vorgelegt würden, über die der Rat beraten könne. Entsprechende Vorschläge seien bereits unterbreitet, jedoch vom Rat aus guten Gründen abgelehnt worden. Ergebnis: derzeit keine planungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten.

Kämmerin Baller beantwortet die Fragen zur Zweitwohnungssteuer: In Fällen, in denen Klage erhoben worden sei, entscheide das Gericht; in Abhängigkeit von dessen Entscheidungen erfolgten gegebenenfalls Erstattungen. Die Gemeinde überarbeite derzeit die Satzung und berücksichtige die Hinweise des Gerichts zu erforderlichen Änderungen; nach Erlass einer neuen Satzung würden noch laufende Verfahren auf dieser Grundlage weiterbehandelt beziehungsweise entschieden. Sie erläutert weiter, dass Personen, die zunächst Erstattungen erhielten, anschließend nach der neuen Satzung erneut zur Zweitwohnungssteuer herangezogen würden, auch rückwirkend für bis zu fünf Jahre. Die grundsätzliche Steuerpflicht stehe nicht in Frage. Zur Absicherung hinsichtlich der Gerichtskosten erklärt sie, eine entsprechende Versicherung bestehe nicht. Gerichtskosten seien grundsätzlich von der Gemeinde zu tragen; bei Anwaltskosten sei die Rechtslage differenzierter und richte sich nach den jeweils maßgeblichen Vorgaben. Nach Erlass der neuen Satzung werde zu prüfen sein, wie sich die Kostenverteilung im Einzelnen darstelle.

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt, Frau Baller habe bereits dargelegt, dass die Steuer an sich nicht in Frage stehe. Die Gemeinde befinde sich in einer besonderen Situation, weil ein laufendes Verfahren die bislang gängige Rechtslage zur Zweitwohnungssteuer durch gerichtliche Entscheidungen aufgehoben und neu bewertet habe. Daher musste die Gemeinde die rechtliche Umsetzung des Urteils in eine neue Satzung von Grund auf neu entwickeln. Da keine gerichtlich überprüfte Mustersatzung übernommen werden konnte, seien die aktuellen Probleme entstanden. Nun müsse die Gemeinde die gerichtlichen Hinweise auswerten, die Satzung anpassen und die Steuer auf neuer Grundlage weiter erheben.

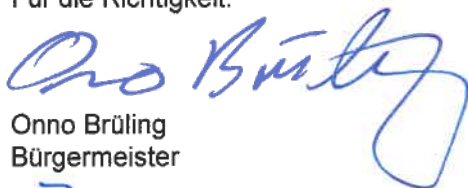
TOP 14 Schließung der Sitzung

Sachvortrag:

20.40 Uhr: Ratsvorsitzender Agena schließt die Sitzung

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr

Für die Richtigkeit:


Onno Brüling
Bürgermeister


Gerrit Agena
Gemeinderatsmitglied


Katja Heimes
Schriftführung